

Sabine Hübner, Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg

Fazit zur Auftaktveranstaltung der 24. Brandenburgische Frauenwoche am 6. März 2014 in Doberlug-Kirchhain

veranstaltet von der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Elbe-Elster, dem Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. und dem Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg und den Landkreis Elbe-Elster.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein spannender Tag liegt hinter uns und es ist nicht leicht, in der Kürze der Zeit ein Resümee zu ziehen. Ich will es dennoch versuchen.

Als Erstes möchte ich dem Frauenpolitischen Rat, Frau Miething, der Friedrich-Ebert-Stiftung, den Referentinnen und Referenten und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der heutigen Veranstaltung meinen besonderen Dank für diesen sehr anregenden Auftakt der Brandenburgischen Frauenwoche 2014 aussprechen.

Damit ist der Start in eine Woche gelungen, die auch in ihrer 24. Auflage nicht an Aktualität verloren hat. Ein Blick in das Programm mit den vielen regionalen Veranstaltungen zeigt: **Die Brandenburgische Frauenwoche ist eine Manifestation für den funktionierenden sozialen Zusammenhalt in Brandenburg.** Und sie ist eine Manifestation dafür, dass Frauen einen ganz wesentlichen Beitrag zu diesem sozialen Zusammenhalt leisten und sich dafür engagieren, die Folgen von sozialer Ausgrenzung zu lindern. Viele Veranstaltungen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind Anlass und Gelegenheit, älteren Frauen Wertschätzung für ihre Lebensleistung entgegenzubringen, arbeitslosen Frauen ein Gesprächsforum zu bieten, und dafür, dass sich Frauen Zeit füreinander nehmen.

Darüber hinaus ist die Brandenburgische Frauenwoche nach wie vor wichtig und unverzichtbar, um auf gleichstellungspolitische Anliegen aufmerksam zu machen. Wir brauchen den Austausch über Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts. Sie betreffen den Zugang zu den zentralen Ressourcen Geld, Macht und Zeit. Einkommen, Entscheidungsbefugnisse in Wirtschaft und Politik: Daran wollen wir Frauen unseren gerechten Anteil haben! Und wir fordern mehr Zeitsouveränität durch eine gerechtere Verteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Gemeinsam durchschauen wir leichter die Mechanismen, die die Entfaltungschancen von Frauen einschränken. Im Austausch miteinander gewinnen wir die Kraft, die wir brauchen, um die Verhältnisse nicht so hinzunehmen, wie sie sind, um sie zu ändern.

Musikalisch begann der heutige Tag mit der Eislischen Vertonung von Bertolt Brechts „Ballade vom Paragraphen 218“ von 1929, in der Brecht sich vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not für die Möglichkeit der Abtreibung einsetzt. **Die Diskussion um den § 218 beschäftigt uns noch heute. Für mich war das Thema vor 40 Jahren das Motiv, mich frauenpolitisch zu engagieren.** Ausgelöst von einer Titelgeschichte des „Stern“ gab es damals in der alten Bundesrepublik eine lebhafte Diskussion um die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs. Auch

linke Gruppierungen engagierten sich für das Recht auf Abtreibung, mit denselben Argumenten wie Brecht in seiner Ballade: Schwierige soziale Verhältnisse, Arbeitslosigkeit, Armut seien legitime Gründe, eine Schwangerschaft nicht austragen zu wollen. Und ich habe mich gefragt, ob das bedeutet, wenn ich in die Situation komme, abtreiben zu wollen, dass ich meine soziale Bedürftigkeit nachweisen soll? Ich hatte den Eindruck, dass es in den politischen Debatten nicht um die Realisierung der frauenpolitischen Forderung nach einem selbstbestimmten Leben ging, sondern um ihre Funktionalisierung: als Scheinwerfer für soziale Missstände. Seither ist Geschlechterdemokratie für mich eine wichtige politische Maxime. Die Forderung nach Entscheidungsfreiheit der Schwangeren ist bis heute nicht erfüllt, Abtreibung zwar unter bestimmten Bedingungen straffrei, gleichwohl rechtswidrig – ein Indiz für das fortbestehende Machtgefälle zwischen den Geschlechtern.

Ich fand heute sehr spannend, dass wir das Motto der Frauenwoche „Gemeinsam – Lebendig – Widerständig“ gemeinsam ausgeleuchtet haben.

„Gemeinsam“ bedeutet: Wir nutzen unsere Diskussionen, um uns der Relevanz von Geschlechterdemokratie zu vergewissern. Das gelingt auch über sonst trennenden Parteigrenzen hinweg. Wir nutzen diese gemeinsame Basis, um Kraft zu schöpfen für andere Lebens- und Arbeitszusammenhänge. **Gemeinsam bedeutet für mich auch, den Dialog zwischen verschiedenen Frauengenerationen zu führen und gleichstellungspolitische Handlungsstrategien für die Zukunft daraus abzuleiten.**

Das zweite Wort „lebendig“ habe ich heute in verschiedenen Facetten aufgenommen, vor allem in den Ausführungen von Ulrike Poppe. Lebendig zu sein bedeutet offen zu sein, die Realität wahrzunehmen. Offen zu sein für Erfahrungen, auch für Erfahrungen anderer, zum Beispiel für Lebenserfahrungen, von denen Frau Ngari berichtet hat. **„Lebendig“ bedeutet auch, Gelerntes immer wieder zu überprüfen, Kraft zum Widerspruch zu entwickeln, das Leben rückwärts zu verstehen und vorwärts zu leben.** Es bedeutet aber auch, emotional berührbar zu bleiben, Resignation nicht zuzulassen. Es bedeutet aber nicht zuletzt auch Genussfähigkeit.

Der dritte Begriff „widerständig“ ist sperrig. **Heute ist klar geworden: Widerständig zu sein heißt nicht nur Position zu beziehen gegen etwas, sondern auch zu wissen, wohin die Reise gehen soll.** Es bedeutet Protest, aber auch Kraft für die Umwandlung der Verhältnisse. Kränkungen, die wir alle erleben tagtäglich, positiv zu verwandeln in Aktion. Und da schließt sich denn auch der Kreis unseres Mottos: Visionen, Utopien entwickeln, Ziele miteinander abstimmen. Das tun wir dann wieder gemeinsam.

Ich möchte an die Ausführungen von Ulrike Poppe anknüpfen, weil ich es sehr befreiend fand, wie sie auf das Thema Ost-West eingegangen ist. Es war die Rede von Diskriminierungsmechanismen und -formen, die in Ost und West vor der Wende vergleichbar waren. Minister Baaske hat die Lohndiskriminierung angesprochen. **Es gibt auch noch andere Phänomene, die in Ost und West ähnlich und auch ähnlich tabuisiert waren. Ich denke dabei zum Beispiel an das Thema der häuslichen Gewalt.** Erst in den neunziger Jahren gab es eine öffentliche Debatte darüber und wurde die Grundlage für gesetzliche Regelungen, wie das Gewaltschutzgesetz gelegt. Weiteres Beispiel: In beiden deutschen Staaten gab es Normierungsdruck hinsichtlich der Kleinfamilienstruktur „Vater-Mutter-Kind(er)“. Das Alleinerziehen galt in Ost und West gleichermaßen als Abweichung von der

Norm. Inzwischen sind in Brandenburg 28 Prozent der Familien Einelternfamilien. Doch immer noch wird die „Normabweichung“ sanktioniert – finanziell, sozial,

Das sind gemeinsame Erfahrungen in Ost und West. **Aber es gibt auch immer noch die Ungleichbehandlung der ostdeutschen Frauen.** Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Schauen wir auf das aktuelle Rentenpaket. Sicherlich ist es alles in allem sozial sinnvoll, was dort beschlossen wird. Aber wir alle wissen, dass von der Mütterrente die Frauen in Ostdeutschland weniger profitieren als die Frauen im Westen. **Nach Geschlecht und Himmelsrichtung betrachtet, kommt relativ der kleinste Teil des Rentenpakets bei den Ostfrauen an.** Aber niemand wird laut! Gleichzeitig genießen angesichts des hohen Anteils von Einelternfamilien relativ wenig Eltern mit Kindern die Vorteile des Ehegattensplittings. Aber niemand wird laut!

Also, lasst uns aus den Unterschieden Ost – West noch mehr Widerständigkeit entwickeln und mehr Aktionen! Ich freue mich auf viele Veranstaltungen in der Frauenwoche, auf diesen bunten Blumenstrauß, den wir in den nächsten Wochen erleben können. Ich freue mich besonders auf eine Veranstaltung am Sonntag in Cottbus. Dort wird ein FrauenOrt mit einer Tafel gekennzeichnet, die an die fünf ersten weiblichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die 1919 – nach der Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen – in das Stadtparlament gewählt wurden. Ich erinnere noch einmal an eine Zahl, die Günter Baaske heute Vormittag nannte. 1919 sind 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen an die Urnen gegangen. Das ist für uns in diesem Jahr eine gute Zielzahl! Wir haben viele junge Frauen zwischen 16 und 18, die in diesem Jahr erstmalig wählen können. **Gehen Sie alle mit der Botschaft: „Jede Stimme zählt“ heute hier aus dieser Veranstaltung und ermuntern Sie die Erstwählerinnen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.** Dieses Frauenwahlrecht ist erkämpft worden im vergangenen Jahrhundert, wir müssen es nutzen!

Vielen herzlichen Dank für die heutige Veranstaltung und noch viel Spaß in der Frauenwoche!

Sabine Hübner

Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg